

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 1

Artikel: Deutsche Politik
Autor: F.M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336444>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mer sich durch die Auflösung selbstmordet. Das Manöver der Radikalsozialisten besteht darin, durch eine Kette von Regierungskrisen die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen, einen Teil der Katholischen Volksrepublikaner für die Reform des Wahlgesetzes zu gewinnen und dann Neuwahlen durchzuführen.

Das politische Hasardspiel der Radikalen und Rechten stößt die Türe zum politischen Abenteuer auf. Vorzeitige Neuwahlen, selbst auf der Grundlage des gegenwärtigen Proporzsystems hätten nur das eine Resultat: eine beträchtliche Verstärkung der Gaullisten im Parlament. Neuwahlen nach dem Majorz würde zu demselben Resultat führen, begleitet von schweren Niederlagen der Volksrepublikaner, Verlusten der Sozialisten und Kommunisten. Sind die Rechten und Radikalsozialisten bereit, eine Koalitionsregierung mit de Gaulle vorzubereiten? Glauben sie ernsthaft daran, im Rahmen der Republik gegen die Gesamtarbeiterschaft regieren zu können? Können sie auch nur einen Moment daran denken, daß de Gaulle ihre Geschäfte besorgt? Ist es nicht vielmehr so, daß sie bereit sind, die Geschäfte des Generals zu besorgen? Eine Antwort auf diese Fragen wird nicht ausbleiben. Gewiß ist, daß in den nächsten Monaten die politische Bühne Frankreichs volle Aufmerksamkeit verdient und der verstärkte Angriff der Reaktion die Republik in neue Gefahrenherde stürzt.

Deutsche Politik

Das Duell Adenauer-Schumacher hat geendet wie ein homerischer Zweikampf. Auf drohende Herausforderungen folgte ein friedliches Händeschütteln, wenn es auch nicht bis zum Austausch der Waffen ging.

Was hat sich denn nun eigentlich abgespielt? Das Ausland war geneigt, dies Zwischenspiel als einen Kampf übersteigerten Nationalismus zu nehmen. Das ist sicherlich falsch. Was vor sich ging, war ein Versuch Adenauers, einen Keil zwischen Schumacher und die sozialistische Arbeiterschaft zu treiben, Schumacher zu kompromittieren und, falls er von seiner Partei nicht hinreichend unterstützt worden wäre, auf diese Weise die sozialistische Arbeiterschaft zu schwächen.

Zum Verständnis dieses Vorganges muß man sich an zweierlei erinnern. Adenauer war zeit seines Lebens kein Staatsmann, sondern ein kommunalpolitischer Oberbürgermeister in Köln, einer der größten und bedeutendsten westdeutschen Gemeinden — sehr eng liiert mit der rheinischen Großindustrie, so sehr Antisozialist, daß der Gegensatz gegen das sozialistische Berlin ihn in sehr bedenkliche Nähe zu den rheinischen Separatisten führte, bekannt für seine diktatorischen Neigungen und Allüren. Die Politik der

Nationalsozialisten, welche das Zentrum trotz seiner Zustimmung zum Vollmachtenbeschluß, der Hitler eine Scheinlegalität verlieh, in die Illegalität trieb, unterbrach auch Adenauers Verwaltungskarriere und gab dem schon fast Sechzigjährigen ein zwölfjähriges *otium cum dignitate*.

Die sehr wendige und ebenso herrschaftsbewußte klerikale Politik schuf dann die Christlich-Demokratische Partei, in die alles hineingeflutet ist, was antisozialistisch war, auch aus dem protestantischen Lager, die aber ihre Hauptmacht zieht aus der rückhaltlosen Unterstützung des katholischen Klerus und damit ihre Massenbasis in der katholischen Arbeiterschaft, im katholischen Bauerntum und bei den Frauen findet. Die Spitze aber dieser so durchaus bunt zusammengesetzten und in sich spannungsgeladenen Partei ist eindeutig antisozialistisch-konservativ, vergleichbar durchaus der Führung der schweizerischen Katholisch-Konservativen.

Trotz ihres starken Arbeiterflügels ist die CDU in alle Wahlkämpfe mit eindeutig antisozialistischen Wahlparolen hineingegangen und hat sie erfolgreich durchgeführt trotz ebenso eindeutig antisozialen Maßnahmen. Das scheint erstaunlich, weil die Politik ihres Gegenspielers, der Sozialdemokratie, in keiner Weise antichristlich oder selbst antiklerikal ist. Der sehr machterfahrene Klerus aber weiß sehr wohl, welche Stütze er in einer Partei besitzt, die ihrerseits für ihren Erfolg sehr auf ihn angewiesen ist und daher bei Gefahr ihrer Existenz gezwungen, seinen Weisungen zu folgen. Wie im vergangenen Jahrhundert «Thron und Altar» sich gegen die Demokratie verbanden, so ist eine gleiche heilige Allianz jetzt in allen katholischen Ländern zwischen dem Klerus und den Christlich-Demokraten entstanden, deren verschiedene nationale Varianten keineswegs die allen gemeinsame Aufgabe verhüllen: Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung, in welcher die Kurie — wahrscheinlich völlig irrtümlicherweise — eine Garantie ihrer Macht sieht.

In Deutschland hat diese Haltung der Kirchen die CDU zur Macht führen können infolge verschiedener Umstände. Einmal glaubten die westlichen Militärregierungen in ihrer völlig unrealistischen Angst vor einer deutschen Revolution, in der katholischen Kirche ihre sicherste Stütze zu finden. Sodann trieb die gleiche Sorge alle Besitzenden oder noch auf neuen Besitz Hoffenden in ihre Reihen. (Sie fordern jetzt ihr vertragsmäßiges «Pfund Fleisch» ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Lage.) Und endlich haben anfänglich die Reaktionäre und Antidemokraten aller Schattierungen mit Einschluß der mit Kriminaluntersuchung Bedrohten bei ihr Unterschlupf gesucht. So entstand diese äußerst vielfarbige Partei als Gegner jeder ernstlich sozialistischen Politik, trotzdem sie in ihren Reihen soziale Tendenzen duldet, ja pflegte, um damit die industriellen Gebiete halten zu können.

So ergibt sich einerseits eine Spannweite dieser Partei, die Gegensätze, wie den wirtschaftsliberalen Erhard und den «sozialisierenden» rheinischen Ministerpräsidenten Arnold umfaßt, und andererseits eine Politik, die regional völlig gegensätzlich ist. Im Rheinland wurden bei den Bundeswahlen die Schulfragen — Konfessions- oder Gemeinschaftsschulen — in den Mittelpunkt gestellt, in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen eine Verleumdungskampagne gegen den mehrheitlich sozialistischen Senat geführt, deren Goebbels sich nicht hätte schämen dürfen. Sie traf dann allerdings als Bumerang ihre Urheber und führte zum Sieg der sozialistischen Mehrheit.

Was jetzt aber die CDU, und das heißt die antisozialistische Mehrheit in Westdeutschland bedroht, das ist das Entstehen von Parteien, die sich anfänglich kaum hervorwagten,

jetzt aber die verschiedensten reaktionären Tendenzen vertreten. In den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch entstanden, sind die «Freien Demokraten», echte Erben der Weimarer demokratischen, späteren «Staatspartei», die in den Anfängen der Republik große Massen mit fortschrittlichen Parolen anzog und sie dann festzuhalten suchte mit einer heftigen Rechtsschwenkung, bis zu jener Zustimmung zu Hitlers Blankovollmacht, die ihr dann tödlich wurde. Es gibt unter ihren Mitgliedern zweifellos ehrliche demokratisch und friedliebend Gerichtete, gute Europäer und gute Menschen, die aber keine klare Vorstellung von unserer Gegenwartssituation haben und vor Röpkeschen Kollektivgespenstern und Churchillschen Schreckbildern totalitären Sozialistenterrors sich fürchten. Die Mehrheit ist einfach antisozialistisch bis hin zum antisozialen Scharfmachertum, also sehr verwandt mit dem rechten Flügel der CDU. Zuverlässig ist sie allein in ihrem Widerstand gegen jede leiseste Sozialisierungsmaßnahme und in ihrer Zustimmung zu allem, was den Privatbesitz begünstigt. Sie besitzt die einzige Funktion, den rechten Flügel der CDU zu stärken, den linken zu lähmen. Adenauer ist also ihr Mann und ihr Finanzminister, Blücher, jedenfalls dessen zuverlässigste Stütze.

Daß Adenauer aus ihren Reihen sich seinen Staatspräsidenten sucht, Heuß, den Naumannschüler, der immer ein sehr schwankender politischer Charakter war, und von dem Freund wie Gegner kaum etwas anderes zu sagen wissen, als daß er «kultiviert und sympathisch» sei, sichert den Präsidentenmacher vor jeder Störung von dieser Seite.

Dafür hat aber nun ein entschiedener Druck von rechts her eingesetzt. Die entschlossenste chauvinistische Reaktion glaubt ihre Zeit gekommen und beginnt sich in unverhüllter Brutalität zu zeigen. Dies geschieht weniger in der Presse, obwohl auch diese und der Rundfunk dem aufmerksamen Ohr bereits recht deutlich spricht. Versammlungen, Gerichtsverhandlungen, Schule und Gespräche und Vorkommnisse des Alltags enthüllen aber weit krasser die Bestrebungen einer nicht unbeträchtlichen und ganz unbelehrbaren Minderheit, die bisher noch vorhandene Mehrheit einzuschüchtern und mit Angst wieder in ihre alte Hürde zu treiben.

Die Aufgabe einer demokratischen Bundesregierung wäre zweifellos, mit jedem ihr gesetzlich zustehenden Mittel diesem noch halb unterirdischen, aber keineswegs stillen oder verborgenen Terror entgegenzutreten. Aber — Adenauer ist, wenn er seinen Kurs gegen die sozialdemokratische Opposition steuern und damit seine monopol-kapitalistischen Wahlhelfer (fünf Millionen sind keine Kleinigkeit) zufriedenstellen und ebenso seinen linken Flügel im Zaume halten will, auf die Rechtsradikalen angewiesen. Innere Hemmungen hat wohl er so wenig wie seine einflußreichsten Minister Erhard und Blücher. So ereignen sich dann Dinge wie das folgende:

In Lüneburg, einer hannoverisch-protestantischen Stadt, amtiert seit den ersten Gemeindewahlen zu allgemeiner Zufriedenheit ein sozialdemokratischer Bürgermeister. Bei den Wahlen in diesem Sommer verlor die SPD ihre absolute Mehrheit, blieb aber die stärkste Partei. Auf direkten Befehl vom Bonner Regierungsquartier hin wählte der Bürgerblock an Stelle des alten Bürgermeisters einen notorischen Nazi, der auch aus seiner ungeänderten Überzeugung kein Hehl macht.

So entsteht im Volk immer stärker das Gefühl, daß bürgerliche Parteien und SPD in einem unversöhnlichen Gegensatz stehen. Und das vielzitierte, freilich niemals in die Praxis übertragene Wort des katholischen Reichskanzlers Wirth: «Der Feind steht rechts» ist in seines Nachfolgers Adenauer Munde ganz scharf zu: «Der Feind steht links» geworden.

Bei seinem Abkommen mit den Militärbehörden, das sehr schwerwiegende und besonders bei dem Ruhrstatut arg umstrittene Bestimmungen enthält, würde jeder demokratische Ministerpräsident jedenfalls die Zustimmung seines Parlamentes nachgesucht haben. Ob die Verfassung sein völlig eigenmächtiges Verfahren zuläßt, ist strittig. Gibt sie ihm die Möglichkeit, worüber nur ein Verfassungsgerichtshof entscheiden kann, so spräche das gegen die Verfassung. Wie immer es damit stehen mag: Adenauers Verhalten entspricht dem eines sehr eigenwilligen und verwöhnten Gemeindeammanns, der sich leicht hin über seine braven Stadtverordneten lustig macht, sicher, sie doch nach seinem Ermessen gängeln zu können. Dabei hat er sich in seiner Regierungspartei auch nicht getäuscht. Sie zeigte, daß Parteiuntertänigkeit und Fraktionsdisziplin bei ihr erheblich stärker waren als das Gefühl der parlamentarischen Souveränität und Verantwortung.

Und so sich sicher fühlend an der Spitze dieser Gefolgschaft, brach er denn auf, um den Streit mit Schumacher zu provozieren. Es ist vom Ausland nicht zu verlangen, daß man seine Zeit damit hinbringt, die Sitzungsberichte der Bonner Bundesversammlung zu studieren. Täte man's, man würde staunen, wie hemmungslos roh und provozierend die Zwischenrufe auch bei den versöhnlichsten und gemäßigten Oppositionsreden erfolgen. Schumacher ist ein scharfer Redner. Er ist ein durch elf Jahre Konzentrationslager und schweres körperliches Leiden, das er mit höchster Willensanstrengung niederzwingt, aufs höchste nervös angespannter Mann. Damit hat Adenauer gerechnet. Und diesem sehr kalten und selbst gegen seine Parteifreunde rücksichtslosen Taktiker fehlt durchaus jedes Gefühl für die «fairness», die Ritterlichkeit, die der Haudegen Churchill auch in seinen demagogischsten Entgleisungen noch zeigt.

Es war ein peinvolles und beschämendes Bild, wie hier mit raffinierter Überlegung versucht wurde, einen Skandal herbeizuführen, um einen unbequemen Oppositionsführer «abzukillern», wie das schöne Naziwort hieß!

Dieser Versuch ist gescheitert. Und vor allem an der festen Haltung der sozialistischen Arbeiterschaft, die in ihrem Vorsitzenden ganz richtig sich selber angegriffen fühlte und mit sehr großer und spontaner Einmütigkeit beschloß, diese Versuche nicht passiv hinzunehmen. Da die Gewerkschaften, in denen ja auch die Katholiken und also die CDU-Arbeiter vertreten sind, ihre Bedenken gegen das Ruhrstatut zwar vorsichtig, aber deutlich kundtaten und ihre alte Forderung auf Sozialisierung der Ruhrindustrie wieder anmeldeten, wuchs offenbar die Opposition gegen Adenauers Politik in seiner eigenen Partei. Der Vergleich, der Schumacher wieder parlamentarisch rehabilitiert, ist ein Erfolg demokratischen Denkens über diktatorische Bedenkenlosigkeit. Es ist bei weitem kein Sieg. Alle Schwierigkeiten, alle Gefahren bestehen fort. — Besonders unerfreulich war in der ganzen Periode die Haltung auch der sogenannten neutralen Presse, die gar kein Verständnis dafür zeigte, daß es sich hier um das Recht des Parlamentes, um die Freiheit und Wirksamkeit der Opposition und schließlich um den politischen Anstand handelte, der auch dem Gegner gegenüber Ritterlichkeit beweist.

Es bleibt vor allem aber die Haltung der Koalitionsparteien. In ihnen dominiert das reaktionäre Scharfmachertum, dem es nicht um demokratische Freiheit geht, die ja immer das Recht des andern schützt, und schon gar nicht um Verständigung mit der Arbeiterschaft. Sie werden in jedem Fall auf einen scharfen, innenpolitischen Rechtskurs drängen, der Adenauers Neigung ohnehin entspricht. Finden sie dabei, wie es in diesem Falle geschehen, auch weiterhin die Unterstützung und das Entgegenkommen der Militärbehörden und alliierter Kreise, so steht zu befürchten, daß die verhängnisvolle Entwick-

lung der Weimarer Zeit sich wiederholt. Man hat bislang alle, die für sie verantwortlich waren, weitgehend wieder reaktiviert, und sie agieren, wie zu erwarten stand. Völlig versäumt wird dagegen die Aktivierung der großen Reserve an Friedenssehnsucht und Gerechtigkeitswillen im einfachen Volke. Der ruhige Beobachter konnte in diesen angespannten letzten Wochen wieder einmal feststellen, wie besonnen und zugleich entschlossen die Haltung war, als man die sozialistische Arbeiterschaft aufrief, gleich fern von Erregung wie von Entmutigung. Darin liegt nicht nur für Deutschland die Hoffnung, das seinen langsamen Wiederaufbau ihrer zähen Treue verdankt, sondern auch für das übrige Europa, für das durch ein neo-nazistisches oder auch nur ein autokratisches, rechtsradikales Deutschland erneute Katastrophen drohen. Die werden niemals abgewendet werden durch wirtschaftliche Repressionen — die letzten vier Jahre sollten das erwiesen haben —, aber auch nicht durch Paktieren und Gunstbeweise an die alten, heute bereits so machtbewußten herrschenden Gruppen, sondern nur durch Verständnis und Hilfe für die so schwer kämpfende Demokratie, die in Deutschland nur als soziale Demokratie, nur durch den demokratischen Sozialismus eine Zukunft hat, wie Skandinavien ihn pflegt, wie er in England heute seine schwere Bewährungsprobe erlebt. Deutschlands Arbeiterschaft kämpft für Europa, und ihre Besten sind sich dessen durchaus bewußt.

F. M.

J. W. BRÜGEL

Südtirol 1949 — ein Problem auf dem Wege der Lösung

Bozen, im November.

Mit zwei Ausnahmen wurden alle sich aus der Anwesenheit nationaler Minderheiten ergebenden Probleme in Mittel- und Osteuropa nach dem letzten Kriege einer Scheinlösung zugeführt, die in deren physischer Entfernung aus der Heimat bestand. Sosehr hatten die nazistischen Verbrechen das Gewissen der Welt abgestumpft, daß es diese Vorgänge billigte, ja kaum zur Kenntnis nahm, die zehn Jahre vorher undenkbar gewesen wären, als noch das Roosevelt'sche Wort Geltung hatte, daß die zivilisierten Völker es ablehnen, einen Menschen für die Verbrechen eines anderen zu strafen. In zwei Fällen hat man nicht zum Mittel der Massenausreibung nationaler Minderheiten gegriffen: bei den Deutschen und Ungarn Siebenbürgens und bei den Südtirolern. In beiden Fällen war es nicht ein Sieg der politischen Vernunft über blinde oder als blind hingestellte Leidenschaften. In Rumänien war es die kommunistische Strategie, die in der Anwesenheit deutscher und hauptsächlich ungarischer Minderheiten einen Vorteil für ihre Zwecke sah, so wie sie in anderen Ländern in der Aufputschung der nationalistischen Instinkte den Schlüssel zum Sieg erblickte. In Südtirol war es der Umstand, daß Italien weder zu den Siegermächten gehörte noch der Sowjetsphäre zugefallen war, der es verhinderte, daß es zum Äußersten kam. «Eines schickt sich nicht für alle»: wer brav war, durfte seine